

P/SN-25/ME 1 von 3

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 1014

An das
Bundesministerium für Inneres
Generaldirektion für die
öffentliche Sicherheit

Postfach 100
1014 Wien
LAD-VD-4012

Beilagen

Bei Antwort bitte Kennzeichen angeben

Zl. 25 GE 9 87
Datum: 1. SEP. 1987
03. SEP. 1987
Gruber
H. Hlawac

Bezug	Bearbeiter	(0 22 2) 531 10 Durchwahl	Datum
19472/12-GD/87	Dr. Wagner	2197	31. Aug. 1987

Betrifft

Polizeibefugnis-Entschädigungsgesetz, Stellungnahme

Die NÖ Landesregierung beehrt sich zum Entwurf eines Bundesgesetzes über den Ersatz des durch Ausübung polizeilicher Zwangsbefugnisse entstandenen Schadens (Polizeibefugnis-Entschädigungsgesetz), wie folgt Stellung zu nehmen:

Zum Entwurf im allgemeinen:

Nach den Erläuterungen werden die Regelungen des Entwurfes als Annex zum Waffengebrauchsrecht gesehen. Deshalb könne der Bund seine Kompetenz aus Art. 10 Abs. 1 Z. 14 B-VG ableiten. Das erscheint jedoch nicht im vollen Umfang des Entwurfes zutreffend. Einerseits hat der angeführte Kompetenztatbestand Regelungen organisationsrechtlichen Charakters zum Gegenstand und andererseits erscheint der Regelungsgegenstand "Recht zum Waffengebrauch" zu eng um, wie angestrebt, auch jene Schäden "Unbeteiligter" abzudecken, die nicht von Waffen im Sinne des Waffengebrauchsgesetzes verursacht werden.

Deshalb sollten die vorgesehenen Ersatzansprüche auf die jeweilige Sachkompetenz des Bundes gestützt, an die spezielle Materie anknüpfen.

Weiters darf zum Schadenersatz darauf hingewiesen werden, daß etwa das Impfschadengesetz einen den Entwurf vergleichbaren Schadenersatzanspruch besonderer Art vorsieht.

- 2 -

Allerdings wird in diesem Gesetz der Ersatz von Schäden infolge einer körperlichen Beeinträchtigung genau geregelt. Eine derartige Vorschrift fehlt im vorliegenden Entwurf, obwohl es durch die unmittelbare Ausübung von Zwangsbefugnissen ohne weiteres zu Körperverletzungen unbeteiligter Personen kommen kann. Es fragt sich, ob damit das Auslangen gefunden werden kann, auf die im Schadenersatzrecht allgemein für Körperverletzungen zustehenden Ersatzansprüche abzustellen.

Zu § 4 Abs. 2 erster Satz:

Der hier verwendete Begriff "Entscheidung" ist angesichts der dem Bundesminister für Inneres nach § 7 Abs. 3 zukommenden Möglichkeiten, auch einen Vergleich zu schließen oder mittels Bescheid zu erkennen, unzutreffend. Da es sich bei einem Vergleich nicht um eine Entscheidung im rechtstechnischen Sinne handelt, wird anstatt der Wortfolge "... Ergehen einer begünstigenden Entscheidung ..." die Wendung "... ihn begünstigender Erledigung der Angelegenheit ..." vorgeschlagen.

Zu § 7 Abs. 3:

Für den Abschluß eines Vergleiches sollte schon zu Beweis Zwecken die Schriftform vorgesehen werden.

Dem Präsidium des Nationalrates werden u.e. 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme übermittelt.

NÖ Landesregierung
Dr. P r ö l l
Landeshauptmann-Stellvertreter

- 3 -

LAD-VD-4012

1. An das Präsidium des Nationalrates (25-fach)
2. an alle vom Lande Niederösterreich entsendeten Mitglieder des Bundesrates
3. an alle Ämter der Landesregierungen
(zu Händen des Herrn Landesamtsdirektors)
4. an die Verbindungsstelle der Bundesländer

zur gefälligen Kenntnisnahme

NÖ Landesregierung

Dr. P r ö l l

Landeshauptmann-Stellvertreter

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung

